

2. Demokratische Klassenpolitik

Der Kapitalismus (richtiger: die kapitalistische Produktionsweise) kann sich nur entwickeln, indem er auf Bedingungen seiner Existenz (Produktionsbedingungen) zurückgreift, die nicht oder nicht ausschließlich kapitalistisch erschaffen werden. Das gilt insbesondere für die menschliche Arbeitskraft, die durch Erziehungs- und Sorgearbeit in Familien sowie durch das Bildungssystem erzeugt wird, für Gemeingüter, die zur Verfügung gestellt werden, und für die ökologische Umwelt, auf Ressourcen beispielsweise, die durch menschliche Arbeit zwar nutzbar gemacht werden (z. B. Kohleabbau, Holzwirtschaft), aber nur in sehr geringem Maße erzeugt werden können (Dörre 2022, 45f.; Fraser 2022, 21; O'Connor 2021, 20).

Zwischen den vielen Kapitalen und den Bedingungen ihrer Verwertung bestehen insofern Widersprüche (O'Connor 2021, 16). Das Kapital braucht diese Bedingungen, nutzt und beutet sie aus und entwickelt eine Tendenz dazu sie zu zerstören. Dagegen entstanden soziale Bewegungen und – als Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse – auch staatliche Einrichtungen (insbesondere der Sozialstaat, sofern es um die (Re-)produktion der Arbeitskraft geht) und Gesetze (ebd., 21). Die Tendenz des Kapitals zur Zerstörung der Ware Arbeitskraft folgt im Wesentlichen aus ihrem wertschöpfenden Charakter. Für profitabhängige Kapitalist*innen ist sie die Springquelle von Wert. Gewinne sind möglich, weil Arbeitskräfte Mehrarbeit leisten, ihr Arbeitsprodukt pro Tag höher ist als der Lohn, der ihnen gezahlt wird. Um Mehr-Gewinn zu machen neigt das Kapital dazu Arbeit zu intensivieren und die Arbeitszeit zu verdichten und/oder auszuweiten. Kosten der Reproduktion dieser Arbeitskraft (Abgaben für die Krankenversicherung z. B.) schmälern die Gewinne.

Arbeiter*innenbewegungen sind als Gegenbewegungen gegen die Übergriffe des Kapitals entstanden (Silver 2013, 49) und haben diese Kapitalmacht eingehegt. Aus der (interessen-)politischen Subjektivität der Arbeitskraft entstanden – in einem komplizierten Prozess der Kompromissbildungen – Gewerkschaften, betriebliche Interessenvertretung, aber auch der Sozialstaat, der zum Teil die Reproduktion der Arbeitskraft absichert (Rente, Krankenversicherung, Erwerbslosenunterstützung, aber auch an der Er-

zeugung mitwirkt – KiTa, Schule, Hochschulen etc.). Das nenne ich, wie ich unten ausführlicher entwickeln werde, im engeren Sinne demokratische Klassenpolitik.

Unter Klassenhandeln oder Klassenpolitik verstehe ich die Verteidigung oder Ausweitung von sozialen und politischen Rechten und Errungenschaften, die mit Klassenpositionen innerhalb der Klassenstruktur zusammenhängen (Therborn 1987, 143). Zum Klassenhandeln gehören Auseinandersetzungen, die an vielen verschiedenen sozialen Orten (z.B. Betriebe, Stadtteile, Jobcentern) stattfinden, die sich auf verschiedene Gegenstände beziehen (z.B. Löhne und Arbeitszeiten, Mieten und Wohnbedingungen, Rente und Erwerbslosenversicherung) und auf die verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen stattfinden können (z.B. Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft im engeren Sinne). Am Klassenhandeln können Einzelne beteiligt sein, informelle oder organisierte Gruppen (z.B. Gewerkschaften, Parteien, Mieter*innenorganisationen), und so unterschiedlich die sozialen Orte und Ebenen sind, auf denen Klassenhandeln stattfindet, so unterschiedlich kann auch die Reichweite sein – Klassenhandeln auf der Ebene der Wirtschaft kann sich beispielsweise nur auf den eigenen Arbeitsplatz beziehen, es kann den ganzen Betrieb, die ganze Branche oder sogar das ganze Land betreffen. Und schließlich: Klassenhandeln kann sehr unterschiedliche Qualitäten annehmen, Klassenhandeln kann zum Beispiel konservativ, reformerisch oder auch revolutionär (ebd., 143f.).

Tabelle 2: Dimensionen des Klassenhandelns

Dimensionen	Beispiele
Soziale Orte	z.B. Arbeitsplatz, Betrieb, Branche, eigenes Mietshaus, ganzer Stadtteil, ganze Stadt.
Soziale Ebenen	Wirtschaft, Zivilgesellschaft, (Wohlfahrts)Staat
Gegenstände	z.B. Löhne, Arbeitszeiten, Urlaubsanspruch, Mietbedingungen, sozialstaatliche Regelungen wie Gesundheits-, Erwerbslosen – und Rentenversicherung, allgemeingesetzliche Arbeitszeitbestimmungen
Reichweite	Lokal bis international
Akteure	Einzelne, informelle Gruppen, Organisationen wie Unternehmensverbände, Parteien, Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen, Betriebsräte, Think Tanks.
Qualität	z.B. Konservative Arbeiter*innenpolitik, die das Wohlergehen der Unternehmen in den Mittelpunkt rückt vs. revolutionäres Klassenhandeln, das – historisch selten – die kapitalistische Produktionsweise durch eine sozialistische ersetzen will

Quelle: Eigene Darstellung

Aber möglich ist jede Klassengesellschaft nur aufgrund der Naturbeherrschung (Marx 1974, 9). Menschen eignen sich die Natur durch Arbeit an, treten der Natur als Macht gegenüber und verändern so zugleich ihre eigene (menschliche) Natur (Marx 1986, 192) Ohne sie, also ohne die Zähmung der Naturgewalten (Schutz) und Nutz-

barmachung für das menschliche (Über-)Leben, keine Kultur und ausdifferenziertere Klassengesellschaft (Rossanda 1975, 54).

Wie genau das geschieht, wie die Natur nutzbar gemacht, welche Verhältnisse Menschen zu ihr eingehen, wie das (durch Normen und politische Regeln) reguliert wird, wie dies mit dem Aufbau und Ausgestaltung (z.B. Verhältnissen und Lebensweisen) der jeweiligen Klassengesellschaften zusammenhängt, und wie sich die Verstrickung in den Prozess der Naturbeherrschung nach Klassenzugehörigkeit und sozialer Lage unterscheidet, nenne ich in Anlehnung an Christoph Görg »gesellschaftlichen Naturverhältnisse« (Görg 2001, 4–6; Stache 2017, 193–194). Gezähmt und nutzbar gemacht wurde die Natur in einem Mindestmaß in allen menschlichen Gesellschaften, aber dies geschah und geschieht in unterschiedlichen Produktionsverhältnissen, durch die nicht nur unterschiedliche Formen der Klassengesellschaft hervorgebracht werden (Skavengesellschaften, feudale Ständegesellschaft, kapitalistische Klassengesellschaft), sondern auch unterschiedliche Formen, Intensitäten und Dynamiken der Naturbeherrschung. Laut Joyce Appleby ist es erst die kapitalistische Gesellschaft gewesen, die eine fortgesetzte Dynamik des Wachstums und der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen freisetzen (Appleby 2011, 11–14) – und damit auch eine besonders zerstörerische Dynamik in der äußeren Naturbeherrschung.

Aber während Arbeitskräfte eine eigene (interessen-)politische Subjektivität haben, hat dies die Natur, die immer stärker menschlich gestaltet wurde, nicht (O'Connor 2021, 21). Den gewaltsamen Übergriffen des Kapitals gegenüber bildeten sich dennoch Gegenbewegungen, Natur- und Umweltschützer*innen, heutige Klimaaktivist*innen mit häufig sehr unterschiedlichen politischen Weltanschauungen und Gesellschaftsvorstellungen (z.B. Ökofaschisten, Ökosozialist*innen, konservative Heimatschützer*innen), auch mit Blick auf den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und die daraus hervorgegangene Gewerkschafts- und Arbeiter*innenbewegung. Auch diese Ökopolitik bzw. diese ökologischen Bewegungen drückten sich in einem komplizierten Prozess von Kompromissbildungen im Staat aus, im Wesentlichen in der Umweltgesetzgebung, aber auch in staatlichen Schutzprogrammen (z.B. Aufforstungsprogramme, Naturschutzgebiete) (ebd.).

Objektiv betrachtet (was nicht mit den Ideologien der Bewegungen übereinstimmen muss) stehen beide Gegenbewegungen gegen die Übergriffe des Kapitals, sowohl die demokratische Klassenpolitik als auch die Ökologiepolitik, in einem Widerspruchsverhältnis zur Verwertung des Kapitals – aber potenziell auch zueinander. Denn die Verteilung von Einkommens- und Lebenschancen der in kapitalistischen Klassengesellschaften Ausgebeuteten hängen davon ab, dass die Wirtschaft wächst, der Kuchen groß genug ist (sog. Verteilungsspielräume vorhanden sind). Einschränkungen der Naturbeherrschung können deshalb auch bei Angehörigen der unteren Klassen auf Gegenwehr stoßen. Denkbar sind genau so sehr anti-ökologische wie ökologische Formen der Klassenpolitik, wie Ökologiepolitiken, die z.B. das Bündnis mit Gewerkschafts- und Arbeiter*innenbewegungen suchen, Vorstellungen sozialer Neutralität anhängen oder sich gegen diese Klassenbewegungen wenden und auf die Zusammenarbeit mit dem Bürgertum setzen. Als beispielsweise in den 1970er Jahren in Westdeutschland eine neue

Umweltbewegung entstand, reagierten größere Teile der Gewerkschaftsbewegung, so Johanno Strasser und Klaus Straube rückblickend, mit Abwehrhaltungen und sogar engen Allianzen zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen:

»So entstand der gewerkschaftliche ›Arbeitskreis Energie‹, der im Wesentlichen von Betriebsräten der Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) und der Reaktorunternehmen getragen wurde und der mit Unternehmern eine große Pro-Kernenergie-Demonstration in Dortmund organisierte. Die Sorge um die Arbeitsplätze war es auch, die Vertreter der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten dazu veranlaßte, sich öffentlich dagegen zu wenden, daß die Bundesregierung ›in übertriebener Weise‹ die Gefahren des Rauchens und des Alkoholgenusses herausstellte.« (Strasser/Traube 1981, 24)

Wichtig ist: Klassen- und Ökologiepolitik haben ein gemeinsames Gegenüber, das Kapitalverhältnis bzw. »die Unternehmen«, die Gewinnstrategien verfolgen, die mit dem Schutz der Arbeitskraft und der Umwelt kollidieren. Aber sie lassen sich nicht aufeinander reduzieren, haben eigene Handlungslogiken. Ob und wie sie miteinander in Verbindung gesetzt werden, ob und wie sie in einem eigenständigen politischen Projekt verbunden werden, ist eine politische Fundsache, also von kreativen politischen Aushandlungen und Konflikten abhängig.

Ich nähere mich dem, indem ich im Folgenden von der Seite des Klassenhandelns und der Klassenpolitik im engeren Sinne ausgehe. Zum einen wird mein analytischer Bezugspunkt die Rolle der Menschen als Arbeitende bzw. Lohnabhängige und als potenzielle Angehörige einer Arbeiter*innenbewegung im weiteren Sinne sein. Zum anderen werde ich mich im Folgenden im Wesentlichen auf die Sozialstaatspolitik als wichtigen Teil demokratischer Klassenpolitik konzentrieren (Kap. 2.1 und 2.2). Dabei werde ich ebenfalls die Bedeutung der Klimakrise für Sozialstaatspolitiken der Zukunft bzw. die Rolle verschiedener Varianten der Sozialstaatspolitik für Klimaschutzpolitik bzw. unterschiedliche Varianten der sozial-ökologischen Transformation diskutieren (Kap. 2.3). Welche Sozialstaatspolitik sich in Zukunft verwirklichen lässt, ist abhängig davon, welche politischen Projekte dazu in der Lage sein werden eine mehrheitsfähige und stabile gesellschaftliche Allianz aus unterschiedlichen Gesellschaftsklassen zu schmieden. Darum wird es in Kapitel 2.4. gehen.

2.1 Demokratische Klassenpolitik und Wohlfahrtsstaat

Ein wichtiges Feld des demokratischen Klassenkampfes ist der Staat und damit der Streit um Gesetze und staatliche Leistungen, die den lohnabhängigen Menschen Not nehmen, ihnen auch Macht verleihen und ihnen Möglichkeiten bieten, besser am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Mit den Ausdrücken »demokratische Klassenpolitik« und »demokratischer Klassenkampf« knüpfe ich an ein *sozialwissenschaftliches Forschungskonzept* an, das u.a. durch die Schweden Walter Korpi und Gøsta Esping-Andersen geprägt wurde (Korpi 1978, 1983; Esping-Andersen 1985, 1990).